

Abonnementpreis

in der Hauptpoststelle oder bei den Stadtpost- und den Vororten erreichbaren Poststellen abgezahlt: vierjährlich 4.50,- bis neunzigjährig: jährliche Bezahlung insgesamt 5.50,-. Ausland und Österreich: vierjährlich 6.50,-. Dienstliche Reisebezahlung im Ausland: monatlich 1.50,-.

Die Abend-Ausgabe erscheint täglich 1/2 Uhr, die Abend-Ausgabe Sonntags 7 Uhr.

Redaktion und Expedition:

Zehnensgasse 8.

Reaktionen in Wochentag ununterbrochen gelten von Mittwoch 6 bis Sonntag 7 Uhr.

Filialen:

Otto Steins's Buchhandlung, (Wien), Universitätsstraße 1.

Sonntags 8 Uhr.

Postamt 14, post. und Königliches 7.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Auszug.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Nr. 205.

Freitag den 22. April 1892.

86. Jahrgang.

Politische Tagesschau.

Leipzig, 22. April.

Wenn es gilt, den Conservativen den Verlust zu machen, so suchen sie der Erzeugung von Misstrauen gegen die Partei und ihre Vertreter Stimmen- und Befürchtung zu geben, so führt sicherlich Herr Eugen Richter die Hauptrolle, obgleich er selbst sich nicht scheut, durch Erzeugung von Misstrauen und Misstrauenswütigkeit den Boden für seine Förderungspläne vorzubereiten. Jetzt hat sich seine „Friedrichsburger Zeitung“ viel darauf zu gute, daß die von den deutschfreundigen Partei in Bayern in Umlauf gebrachte Petition für Aufhebung des Invaliditäts-Versicherungsgesetzes eine große Anzahl von Unterschriften (250 745) gezeichnet hat. Das leidende Organ der Deutschfreundungen befürchtet sich aber im Extremum, wenn es diesen Erfolg als einen solchen seiner Partei ansieht, denn nur Tausende von Unterschriften, wie es sagt, sondern die Mehrzahl kommt aus Regierungssitzungen, in denen das Centrum dominiert und gewiß der Deutschfreund wenig oder gar keinen Boden hat. Mit dieser Behauptung soll indes der deutschfreundige Partei das „Bürokrat“ bei jenen staatsmännischen Unternehmen nicht abschrecken, sondern nur konstatieren, daß das Centrum ebenso wenig von einer jährling gesetzlichen und darum lediglich auf die Erzeugung von Misstrauenswütigkeit Agitation zurücksteht wie der Deutschfreund. Selbst der deutschfreundige Abg. Dr. Hirsch, der geschäftige Gegner des Verfassungsgesetzes, hat im Reichstag ausgerufen, daß die Bedeutung dieses Gesetzes nicht die gefragte Ausicht auf Erfolg hat. Wenn der Deutschfreund einen Petitionssturm gegen das Gesetz verhindern will, so steht diese Bewegung auf der Höhe wie die nach der bündigen Abreitung durch die Regierung fertiggestellte zärtliche Agitation zur Einführung des Verfassungsgesetzes. Man bezeichnet den Majestät ein unerrechbares Ziel, lediglich, um sie sich zu versichern und bei Gelegenheit für erprobte Zwecke zur Verfügung zu haben. Die kampfgetriebene Partei über das Alterverfassungsgesetz hat in weit höherem Grade ihre Quellen in den damit verbundenen „Scherzen“ als in den durch dasselbe bedingten peinlichen Verpflichtungen. In ersterer Hinsicht wird die Erfahrung Erfahrungen ermöglichen und das Übelste wird die Gewöhnung ihres. In nicht zu ferner Zeit wird der „Friedrichsburger Zeitung“ die Bekämpfung des Invaliditäts-Versicherungsgesetzes in Bayern so wenig standzuhalten sein, wie sie jetzt die vorjährige Forderung gegen das preußische Steuerreform-Gesetz war. Wenn das Volk aber wieder anderer Ansicht sein sollte, warum befürwortet es nicht die Verpfändung des Petitionssturms gegen das Altersverfassungsgesetz auf das ausgebildete Deutsche?

Am 26. April nimmt das preußische Abgeordnetenkabinett mit der ersten Beratung des Gesetzentwurfs über die Bahnen unterster Ordnung seine Arbeit wieder auf. Am darauffolgenden Donnerstag wird verantwortlich der Nachtragsetat für den neuen Ministerpräsidenten zur ersten Sitzung auf die Fortsetzung freigegeben. Es ist nicht anzusehen, daß sich die erregte politische Stimmung durch die Nähe der Österreicher wesentlich gemildert hat. Die Parteien haben gegenseitig und zum Teil auch unter sich auf lebhafte Auseinandersetzungen und Rückschlüsse bei dieser Gelegenheit wieder gefaßt machen dürfen, jumal wenn die Regierung, wie man erwarten kann, den Anlaß ergriffen wird, über so wichtige Zukunft zu geben, was die Gemüthe in den letzten Wochen bereute. Auch sonst ist der Arbeitskampf des preußischen Landtages noch ein ziemlich reichhaltiger und der Schluss der Session vor Pfingsten wird wohl nicht in Aussicht genommen werden können, auch wenn größere neue Vorlagen nicht mehr eingesandt. Insbesondere wird die Revolle zum Vergessen mit

ihrer einschneidenden Bedeutung für die gesamte Bergwerksindustrie in zweiter und dritter Beratung noch lebhaft debattiert werden und grauße Zeit in Anspruch nehmen. Nach dem soeben angezeigten Verzeichnis der vorliegenden Vorlagen sind außerdem noch zu erledigen: neben drei Redungsvorlagen die beiden Gesetzentwürfe über die Aufhebung von Stolzgebühren, die Gewerbebefreiung über die Anhebung der Steuerbefreiung der Reichsumittelbaren, über die Erweiterung und Ausdehnung des Staatsseifenkunstgewesens, über die Befreiung der Unterbeamten im Kommunaldienst mit Militärauswärtern, die habsburgisch-böhmische Landgemeindeordnung, sämtlich in zweiter und dritter Sitzung, das Gesetzwerk über die Bahnen unterster Ordnung in drei Sitzungen. Dazu Anträge aus dem Hause und Commissionsberichten.

Die Sitzung der italienischen Ministerkrisis ist eine politische Schwerpunkt. Heute liegt die telegraphische Meldung vor, daß in einem geheimen Kreis in Rom abgelehnt wurde, daß dem Minister nicht beauftragt wurde, daß ein Minister mit Annahme des Finanzministers Colombo, welcher der Beratung nicht beinhaltete, im Kabinett verbleiben. Die vacante Ministerposition für Finanzen, Ackerbau und Posten sollen, so heißt es in der Meldung weiter, neu besetzt werden. Zugleich wurde beschlossen, erhebliche Reformen in den militärischen Ausgaben für die Colonie durchzuführen. Hierauf ist im Laufe der letzten 24 Stunden eine Bewegung wieder einfacher eingetreten, als nunmehr vom General Ricci in das Kabinett nicht mehr die Rede ist und General Bellotti als Kriegsminister in denselben verbleibt. Die notwendigen Erneuerungen sollen nicht mehr in der Herroderwahlung im Allgemeinen vorgenommen, sondern auf die militärischen Ausgaben für die Colonien beschränkt werden. Ob mit diesem Ausbildungsmittel es gelingen wird, die vorherrschenden Schwierigkeiten zu beseitigen, kann erst die Zukunft lehren. Denfalls liegt auch nach der vorstehenden neuesten Meldung die ganze Angelegenheit noch sehr unklar.

Die am Mittwoch vollzogenen Wahlen zum dänischen Folketing haben ein in hohem Grade bemerkenswertes Resultat gezeigt. Dem Wahltag war mit um so größerer Spannung entgegengesehen worden, als die Linke zum ersten Mal getreten in den Kampf zog. Bei den letzten Wahlen hatte die Opposition von den 102 Mandaten des Folketing nicht weniger als 77 gewonnen. Inselfellen dieser großen Wahl hatte auch eine Mehrheit, indem die innerhalb der Linken allmählig zu Tage getretene Oogenfrage sich derartig verschärft, daß eine Spaltung in zwei Gruppen einzutreten. Von den 77 Mitgliedern der Linken sonderten sich 38 ab, welche, anhand anderer Hader, mithilfe der Verbindung mit der Regierung sich geeignet zeigten und als die „Partei der Moderate“ fortan eine Politik des Entgegenkommens für die Rechte zu fördern. Heute traten auf den Spielbuden der fröhlichen Volksfest erfolgreich aus. Die Wahlen haben eine mehrheitliche Verhinderung der Parteidurchsetzung im Folketing herbeigeführt. Die Rechte besiegten bisher 25 Mandate; sie hat am Mittwoch 5 gewonnen, verfügt also jetzt über 30. Die gewinnige Linke dagegen ist von 38 auf 43 gekommen und die radikale Linke von 29 auf 28 gesunken. Das Ergebnis der ersten Wahl auf den Farbenfeldern steht noch aus. Die moderate Partei ist also jetzt die stärkste Gruppe im Folketing, die radikale die schwächste. Die Moderate und die Conservativen, welche schon seit Jahresfrist im den meisten Fragen zusammengegangen sind, verfügen über eine erdrückende Mehrheit. Damit ist eine vollständige Unabhängigkeit der inneren Lage in Dänemark abgedacht, wobei wir annehmen, daß auch Ministerpräsident Ernst des zweiten Rates müde sein und es an nichts fehlen lassen wird, um mit seinen neuen Freunden auf freundschaftlichen Fuße zu treten. Die Radikalen haben den Fehler begangen, daß sie die Verfassungskonflikte wegen auch in solchen politischen

Dingen, welche von denselben eigentlich nicht berührt wurden, zu harre Dynastien trieben. Sie fingen auch den von der Regierung eingedrungenen sozialpolitischen Gesetzentwurfen hartnäckig Widerstand entgegen und hielten damit den Conservativen die Bahn ebnen, auf welcher sie sich den Gemüthe nähern könnten. Der Verfassungskonflikt wird nach ungefähr zehnjähriger Dauer bald sein Ende erreichen.

Heute wird gegenwärtige Stimmung in Russisch-Polen wird aus aus Parisien geschrieben: Seit dem Ausbruch des letzten Aufstandes im Jahre 1863 war die Stimmung der polnischen Bevölkerung wohl noch niemals so erbittert wie gegenwärtig. Natürlich sieht es in allen Gouvernementen verschieden aus, doch anwander kann, verfaßt Haus und Hof in der Hoffnung, jenseits des Meeres ein menschenleidiges Dasein führen zu können. Aber Danziger sind sie ihr Hab und Gut keine Läufer, trotzdem daß sie ihr Gehaltsum in wahren Schleuderpreisen ausüben. Die fortwährenden Zahlungseinfälle und Betriebsausfälle in den Industriestädten machen Tausende von Arbeitern brodeln. Überall sind Arbeitnehmer polnischer Abstammung an militärischen und staatlichen Bauten gegenwärtig verhindert. Die vacanten Ministerpositionen für Finanzen, Ackerbau und Posten sollen, so heißt es in der Meldung weiter, neu besetzt werden. Zugleich wurde beschlossen, erhebliche Reformen in den militärischen Ausgaben für die Colonie durchzuführen. Hierauf ist im Laufe der letzten 24 Stunden eine Bewegung wieder einfacher eingetreten, als nunmehr vom General Ricci in das Kabinett nicht mehr die Rede ist und General Bellotti als Kriegsminister in denselben verbleibt. Die notwendigen Erneuerungen sollen nicht mehr in der Herroderwahlung im Allgemeinen vorgenommen, sondern auf die militärischen Ausgaben für die Colonien beschränkt werden. Ob mit diesem Ausbildungsmittel es gelingen wird, die vorherrschenden Schwierigkeiten zu beseitigen, kann erst die Zukunft lehren. Denfalls liegt auch nach der vorstehenden neuesten Meldung die ganze Angelegenheit noch sehr unklar.

Die am Mittwoch vollzogenen Wahlen zum dänischen Folketing haben ein in hohem Grade bemerkenswertes Resultat gezeigt. Dem Wahltag war mit um so größerer Spannung entgegengesehen worden, als die Linke zum ersten Mal getreten in den Kampf zog. Bei den letzten Wahlen hatte die Opposition von den 102 Mandaten des Folketing nicht weniger als 77 gewonnen. Inselfellen dieser großen Wahl hatte auch eine Mehrheit, indem die innerhalb der Linken allmählig zu Tage getretene Oogenfrage sich derartig verschärft, daß eine Spaltung in zwei Gruppen einzutreten. Von den 77 Mitgliedern der Linken sonderten sich 38 ab, welche, anhand anderer Hader, mithilfe der Verbindung mit der Regierung sich geeignet zeigten und als die „Partei der Moderate“ fortan eine Politik des Entgegenkommens für die Rechte zu fördern. Heute traten auf den Spielbuden der fröhlichen Volksfest erfolgreich aus. Die Wahlen haben eine mehrheitliche Verhinderung der Parteidurchsetzung im Folketing herbeigeführt. Die Rechte besiegten bisher 25 Mandate; sie hat am Mittwoch 5 gewonnen, verfügt also jetzt über 30. Die gewinnige Linke dagegen ist von 38 auf 43 gekommen und die radikale Linke von 29 auf 28 gesunken. Das Ergebnis der ersten Wahl auf den Farbenfeldern steht noch aus. Die moderate Partei ist also jetzt die stärkste Gruppe im Folketing, die radikale die schwächste. Die Moderate und die Conservativen, welche schon seit Jahresfrist im den meisten Fragen zusammengegangen sind, verfügen über eine erdrückende Mehrheit. Damit ist eine vollständige Unabhängigkeit der inneren Lage in Dänemark abgedacht, wobei wir annehmen, daß auch Ministerpräsident Ernst des zweiten Rates müde sein und es an nichts fehlen lassen wird, um mit seinen neuen Freunden auf freundschaftlichen Fuße zu treten. Die Radikalen haben den Fehler begangen, daß sie die Verfassungskonflikte wegen auch in solchen politischen

Abonnementpreis

Die Abonnementpreise betragen 20 Th. Reaktionen unter dem Redaktionstitel (abgesehen) 10 Th., unter dem Titel „Gesellschaften“ 10 Th., unter dem Titel „Gesellschaften“ 10 Th. Die Abonnementpreise für die Abend-Ausgabe sind höher.

* **Böhmen.** 21. April. Die Protestversammlungen gegen die Vergesetzlichkeit nebnen ihren Vertrag im Abolitioneum und sind ziemlich bestimmt. Sämtliche darin gesetzten Resolutionen werden dem Landtag zugestellt und rasch zur Ausführung der beständigen Sicht verlangt.

* **Elberfeld.** 21. April. Hier wurde in den Osterfeierstagen die erste Hauptversammlung des im vorigen Jahre gegründeten Verbandes der Textil-Arbeiter und Textilbeiterinnen Deutschlands abgehalten. Lebhafte wurden die Aussstände besprochen. Es wurde mehrfach beantragt, daß man nicht leichtfertig und ohne Rücksicht auf die ganze Geschäftslage in einen Aufstand treten solle. Der Landtag ist allerdings eine zweizweckige Waffe; aber „wir dürfen“, wie sich ein Redner ausdrückte, „nicht den Knüppel wegwerfen, den wir noch haben, wenn man mit Stöcken gegen uns kämpft“. In der Sitzung wurde ein eigener Paragraph für den Fall von Arbeitseinstellungen aufgenommen, der die Arbeitsstellung vor der Zustimmung des Verbands des Verbands-Komitees und des Orts-Komitees abschafft.

* **Freiburg i. Breisgau.** 21. April. Der „Vertrag-Vertrag“ steht in der vergangenen Nacht der Gesamtversammlung und führt die Landtags- und Landtagsschultheiße, Commerzienrat Paul Lützow getroffen.

* **München.** 21. April. Die Münchner Sozialdemokraten beschließen eine großartige Kasse. Am Sonntag findet die Vollversammlung statt. Der Hauptversammlung in der Reichstagsabgeordnetenkammer von Böhmisch-Märkisch-Masuren ist am Sonntagmorgen, ebenso wie am Freitag, eine Versammlung mit Konzert, Sängern und Soldatenlagerungen in der Universität vorgesehen; und eine feindliche Polizei verbietet dies. Das ultimatum „Münchner Freiheit“ steht da, doch es war nicht ein Wahltag. Die politische Eröffnungssitzung war am 1. Januar 1890 eingetragen worden. Der „Bayerische Kurier“ weist lange Jahre das bewusste Ziel des katholischen Kreises und der katholischen Kirche auf, nicht in Zukunft als bürgerliches Reichstag zu bestreiten. — Jetzt wird der Tag der Sachsen-Anhalt nach der konventionellen Platz genommen. In der Stadt hatten in vorigen Jahr einige Verbündete den Anfang gemacht, sich Arbeitsschule und Unterricht und Leben zu teilen. Diese Freiheit haben, wie der „Kronen“ sagt, geschafft und auch Gutsbesitzer des Unterstaates dieses Ausflugsgebiet besetzt. In diesen Tagen sind dort ganze Zweige Groß- und Klein-Märkte angesiedelt. Die ersten erschienen 1874, die letzten 1877. Sie sind, wenn alle Unterkünfte eingeschlossen sind.

* **München.** 22. April. (Telegramm.) Die Strafsumme des bürgerlichen Landgerichts hat den wegen Fälschung der Tölzer Kaiserquelle mittelst chemischer Beimischungen angelegten Kommandeur Berndt und den Kommissar Sabath ertheilt. Zu 6, leichten zu 2 Monaten Gefängnis verurtheilt.

* **München.** 22. April. (Telegramm.) Der Haushaltsschluß der Abgeordnetenkammer gestattet es im Nachtragsteile, die Ausbeutung der Staatsbeamten zu begrenzen, und in Höhe von 2787000 A. Jahresförderung, bestätigte alle 187000 A mehr als die Regierung geheißen hatte.

Oesterreich-Ungarn.

* **Temeswar.** 20. April. Oberamtmann Graf Andreas Becken ist zur Besichtigung der österreichischen Staatsdomänen hier eingetroffen. Die Temesvarei Zeitung erläutert, der Minister brachte mancherlei, seine bereits wiederholte geplante Reform tatsächlich durchzuführen, welche das Gesetz von Emin Pascha erlaubt haben wollte, war um jene Zeit eine heftige Feindschaft zwischen Unjeros und Uganda ausgetragen, deren Grund in der Salzfrage zu finden sei sollte. Nachdem die Sichtung jenes Briefes fast angezeigt worden war, war man auch bereit, die Karin entnahmen zu lassen. Das ist über nach einem Brief des Herrn Kurt Ebert, der auch die Auflösung über Dr. Antóni brachte, nicht der Fall. Ungarns haben Unjero und Uganda in der Mitte des Jahres 1891 einen blutigen Krieg mit einander eben wegen jener Frage geführt und in diesem Kampf unterlag Unjero. Die Waganda, durch den Sieg überwältigt geworden, hatten nun nichts Gutes zu thun, was das Kriegsrecht gegen die Waganda auszugründen. Darauf sollten sie aber nicht so rasch zu Ende kommen mit den Gegnern, wie in dem Streit mit Unjero. Ihr Ausgang des Jahres soll die Feinde bin, ohne vollständig entschieden zu sein. Herr Kurt Ebert meldet darüber folgendes:

Zsombor, 27. März 1892.

Sich die Russen, der Ball Weiss, großes Aufsehen. Nachdem ich in März ein deutsches Blatt die ersten Andeutungen gebracht und einige juristische Blätter dieselben wiedergegeben, erhielt der Herrn „Dunk“ am 7. April gegen den Steuerrechner und Ali-Nationalrat Weiss die schwere Haftstrafe. Das ist der Berner „Dunk“ am 7. April gegen den Steuerrechner und Ali-Nationalrat Weiss die schwere Haftstrafe, daß er von den Banken, welche die Fusion der Durabahn mit den Westbahnen finanziell geleistet hatten, schwere Goldsummen bezogen habe und diese, die Verhältnisse in seinem Kanton, wo eine starke Opposition gegen den Plan amgetanzt war, durchsetzen. Die Beziehung soll in der Form geschieden sein, daß ihm an dem finanziellen Syndikat eine Gewinnabsicherung versprochen wurde, daß er dabei kein Risiko zu laufen hätte, sondern, wenn das Unternehmen glückt, nur einen Profit einzunehmen brachte. Die Fusion wurde vollzogen und Weiss konnte den vertragten Gewinn einstecken. Er belief sich auf die Summe von 72150 Fr.

Schweiz.

* **Bern.** 20. April. In der Schweiz ereignete eine Scandalaffäre, der „Ball Weiss“, großes Aufsehen. Nachdem ich in März ein deutsches Blatt die ersten Andeutungen gebracht und einige juristische Blätter dieselben wiedergegeben, erhielt der Herrn „Dunk“ am 7. April gegen den Steuerrechner und Ali-Nationalrat Weiss die schwere Haftstrafe. Das ist der Berner „Dunk“ am 7. April gegen den Steuerrechner und Ali-Nationalrat Weiss die schwere Haftstrafe, daß er von den Banken, welche die Fusion der Durabahn mit den Westbahnen finanziell geleistet hatten, schwere Goldsummen bezogen habe und diese, die Verhältnisse in seinem Kanton, wo eine starke Opposition gegen den Plan amgetanzt war, durchsetzen. Die Beziehung soll in der Form geschieden sein, daß ihm an dem finanziellen Syndikat eine Gewinnabsicherung versprochen wurde, daß er dabei kein Risiko zu laufen hätte, sondern, wenn das Unternehmen glückt, nur einen Profit einzunehmen brachte. Die Fusion wurde vollzogen und Weiss konnte den vertragten Gewinn einstecken. Er belief sich auf die Summe von 72150 Fr.

Frankreich.

* **Paris.** 21. April. Der Ministerrat beschloß, die Führung der Operationen gegen Dabormez dem Marineminister zu übertragen.

* **Paris.** 22. April. (Telegramm.) Wie mehrere Tagesblätter melden, wäre dem Colonialisten eine Deputie ausgesetzt, der auf die Dabormez sich Konkurrenz gemacht hätte. Eine Bekämpfung liegt noch nicht vor.

Großbritannien.

* **London.** 21. April. Nach bisherigen Blättern soll es im Vatican schon verhandelt haben, daß der Herzog von Cambridge, der Schwiegersohn des Prinzen von Wales, vor einer Abreise von Rom keine Audienz beim Pappe nachgefordert hat. Die Meldung ist wohl nicht ganz richtig, denn erst vor etwa acht Tagen erhielt man hier die Nachricht, daß der Herzog seine Gebühren an einem der nächsten Tage vom Heiligen Vater empfangen werden würde. Man darf also wohl vermuten, daß dem Herzog entweder die Art des Empfangs nicht konveniente, da diefe vielleicht abweichen sollte von dem Empfang, welcher dem Herzog von Connacht kurz vorher zu Theil wurde, oder daß ihm die Zeit lang wurde und er seine Absicht nicht ausspielen wollte. Einmal ist da jedenfalls nicht in Ordnung gewesen.

Russland.

* **Petersburg.** 21. April. Die Kaiserin Marie Fedorovna ist, wie bereits gemeldet, heute Nachmittag von Besuch des Großfürsten Georg nach dem Palais abgereist. Ihre Majestät wird von einem anderen Mitglied der kaiserlichen Familie begleitet. Im Gefolge der Kaiserin befindet sich außer der diensttuenden Gouvernante Prinzessin Olga noch der Hausherr Graf Woronzow.

* **Wien.** 21. April. Die Kaiserin Maria

seiner Gebühren begleitet, mit dem Wands abgangenen Courierzuge über Mostau nach der Armee abgereist. Zum Abschied hatten sich auf dem Bahnhof die Minister, mehrere hohe Würdenträger, sowie zahlreiche Beamte des finanzministerium eingefunden.

Orient.

* **Die bulgarische Regierung hat vier russische Blätter verboten:** „Novo Wremja“, „Mostauer Wirkom“, „Telegraph von Odessa“ und „Slavianski Obzrenje“. Alle anderen russischen Blätter wurden der Censur unterworfen, ebenso sämtliche serbische Blätter, außer „Sloboda“, die sich ein Redner ausdrückte, „nicht den Knüppel wegwerfen, den wir noch haben, wenn man mit Stöcken gegen uns kämpft“. In der Sitzung wurde ein eigener Paragraph für den Fall von Arbeitseinstellungen aufgenommen, der die Arbeitsstellung vor der Zustimmung des Verbands des Verbands-Komitees und des Orts-Komitees abgrenzt.

* **London.** 22. April. (Telegramm.) Wie dem Reuter'schen Bureau aus Ottowa gemeldet wird, legte der Generalgouverneur des Parlaments die Antwort der Reichsregierung auf die Petition des Kanadas vor, in welcher erfordert wurde, daß man nicht leichtfertig und ohne Rücksicht auf die ganze Geschäftslage in einen Aufstand treten solle. Der Landtag ist allerdings eine zweizweckige Waffe; aber „wir dürfen“, wie sich ein Redner ausdrückte, „nicht den Knüppel wegwerfen, den wir noch haben, wenn man mit Stöcken gegen uns kämpft“. In der Sitzung wurde ein eigener Paragraph für den Fall von Arbeitseinstellungen aufgenommen, der die Arbeitsstellung vor der Zustimmung des Verbands des Verbands-Komitees und des Orts-Komitees abgrenzt.

* **New-York.** 21. April. Hier wurde in den Osterfeierstagen die erste Hauptversammlung des im vorigen Jahre gegründeten Verbandes der Textil-Arbeiter und Textilbeiterinnen Deutschlands abgehalten. Lebhafte wurden die Aussstände besprochen. Es wurde mehrfach beantragt, daß man nicht leichtfertig und ohne Rücksicht auf die ganze Geschäftslage in einen Aufstand treten solle. Der Landtag ist allerdings eine zweizweckige Waffe; aber „wir dürfen“, wie sich ein Redner ausdrückte, „nicht den Knüppel wegwerfen, den wir noch haben, wenn man mit Stöcken gegen uns kämpft“.

* **Paris.** 21. April. Hier wurde in den Osterfeierstagen die erste Hauptversammlung des im vorigen Jahre gegründeten Verbandes der Textil-Arbeiter und Textilbeiterinnen Deutschlands abgehalten. Lebhafte wurden die Aussstände besprochen. Es wurde mehrfach beantragt, daß man nicht leichtfertig und ohne Rücksicht auf die ganze Geschäftslage in einen Aufstand treten solle. Der Landtag ist allerdings eine zweizweckige Waffe; aber „wir dürfen“, wie sich ein Redner ausdrückte, „nicht den Knüppel wegwerfen, den wir noch haben, wenn man mit Stöcken gegen uns kämpft“.

* **London.** 22. April. (Telegramm.) Wie dem Reuter'schen Bureau aus Ottowa gemeldet wird, legte der Generalgouverneur des Parlaments die Antwort der Reichsregierung auf die Petition des Kanadas vor, in welcher erfordert wurde, daß man nicht leichtfertig und ohne Rücksicht auf die ganze Geschäftslage in einen Aufstand treten solle. Der Landtag ist allerdings eine zweizweckige Waffe; aber „wir dürfen“, wie sich ein Redner ausdrückte, „nicht den Knüppel wegwerfen, den wir noch haben, wenn man mit Stöcken gegen uns kämpft“.

* **Paris.** 21. April. Hier wurde in den Osterfeierstagen die erste Hauptversammlung des im vorigen Jahre gegründeten Verbandes der Textil-Arbeiter und Textilbeiterinnen Deutschlands abgehalten. Lebhafte wurden die Aussstände besprochen. Es wurde mehrfach beantragt, daß man nicht leichtfertig und ohne Rücksicht auf die ganze Geschäftslage in einen Aufstand treten solle. Der Landtag ist allerdings eine zweizweckige Waffe; aber „wir dürfen“, wie sich ein Redner ausdrückte, „nicht den Knüppel wegwerfen, den wir noch haben, wenn man mit Stöcken gegen uns kämpft“.

* **London.** 22. April. (Telegramm.) Wie dem Reuter'schen Bureau aus Ottowa gemeldet wird, legte der Generalgouverneur des Parlaments die Antwort der Reichsregierung auf die Petition des Kanadas vor, in welcher erfordert wurde, daß man nicht leichtfertig und ohne Rücksicht auf die ganze Geschäftslage in einen Aufstand treten solle. Der Landtag ist allerdings eine zweizweckige Waffe; aber „wir dürfen“, wie sich ein Redner ausdrückte, „nicht den Knüppel wegwerfen, den wir noch haben, wenn man mit Stöcken gegen uns kämpft“.

* **Paris.** 21. April. Hier wurde in den Osterfeierstagen die erste Hauptversammlung des im vorigen Jahre gegründeten Verbandes der Textil-Arbeiter und Textilbeiterinnen Deutschlands abgehalten. Lebhafte wurden die Aussstände besprochen. Es wurde mehrfach beantragt, daß man nicht leichtfertig und ohne Rücksicht auf die ganze Geschäftslage in einen Aufstand treten solle. Der Landtag ist allerdings eine zweizweckige Waffe; aber „wir dürfen“, wie sich ein Redner ausdrückte, „nicht den Knüppel wegwerfen, den wir noch haben, wenn man mit Stöcken gegen uns kämpft“.

* **London.** 22. April. (Telegramm.) Wie dem Reuter'schen Bureau aus Ottowa gemeldet wird, legte der Generalgouverneur des Parlaments die Antwort der Reichsregierung auf die Petition des Kanadas vor, in welcher erfordert wurde, daß man nicht leichtfertig und ohne Rücksicht auf die ganze Geschäftslage in einen Aufstand treten solle. Der Landtag ist allerdings eine zweizweckige Waffe; aber „wir dürfen“, wie sich ein Redner ausdrückte, „nicht den Knüppel wegwerfen, den wir noch haben, wenn man mit Stöcken gegen uns kämpft“.

* **Paris.** 21. April. Hier wurde in den Osterfeierstagen die erste Hauptversammlung des im vorigen Jahre gegründeten Verbandes der Textil-Arbeiter und Textilbeiterinnen Deutschlands abgehalten. Lebhafte wurden die Aussstände besprochen. Es wurde mehrfach beantragt, daß man nicht leichtfertig und ohne Rücksicht auf die ganze Geschäftslage in einen Aufstand treten solle. Der Landtag ist allerdings eine zweizweckige Waffe; aber „wir dürfen“, wie sich ein Redner ausdrückte, „nicht den Knüppel wegwerfen, den wir noch haben, wenn man mit Stöcken gegen uns kämpft“.

* **London.** 22. April. (Telegramm.) Wie dem Reuter'schen Bureau aus Ottowa gemeldet wird, legte der Generalgouverneur des Parlaments die Antwort der Reichsregierung auf die Petition des Kanadas vor, in welcher erfordert wurde, daß man nicht leichtfertig und ohne Rücksicht auf die ganze Geschäftslage in einen Aufstand treten solle. Der Landtag ist allerdings eine zweizweckige Waffe; aber „wir dürfen“, wie sich ein Redner ausdrückte, „nicht den Knüppel wegwerfen, den wir noch haben, wenn man mit Stöcken gegen uns kämpft“.

* **Paris.** 21. April. Hier wurde in den Osterfeierstagen die erste Hauptversammlung des im vorigen Jahre gegründeten Verbandes der Textil-Arbeiter und Textilbeiterinnen Deutschlands abgehalten. Lebhafte wurden die Aussstände besprochen. Es wurde mehrfach beantragt, daß man nicht leichtfertig und ohne Rücksicht auf die ganze Geschäftslage in einen Aufstand treten solle. Der Landtag ist allerdings eine zweizweckige Waffe; aber „wir dürfen“, wie sich ein Redner ausdrückte, „nicht den Knüppel wegwerfen, den wir noch haben, wenn man mit Stöcken gegen uns kämpft“.

* **London.** 22. April. (Telegramm.) Wie dem Reuter'schen Bureau aus Ottowa gemeldet wird, legte der Generalgouverneur des Parlaments die Antwort der Reichsregierung auf die Petition des Kanadas vor, in welcher erfordert wurde, daß man nicht leichtfertig und ohne Rücksicht auf die ganze Geschäftslage in einen Aufstand treten solle. Der Landtag ist allerdings eine zweizweckige Waffe; aber „wir dürfen“, wie sich ein Redner ausdrückte, „nicht den Knüppel wegwerfen, den wir noch haben, wenn man mit Stöcken gegen uns kämpft“.

* **Paris.** 21. April. Hier wurde in den Osterfeierstagen die erste Hauptversammlung des im vorigen Jahre gegründeten Verbandes der Textil-Arbeiter und Textilbeiterinnen Deutschlands abgehalten. Lebhafte wurden die Aussstände besprochen. Es wurde mehrfach beantragt, daß man nicht leichtfertig und ohne Rücksicht auf die ganze Geschäftslage in einen Aufstand treten solle. Der Landtag ist allerdings eine zweizweckige Waffe; aber „wir dürfen“, wie sich ein Redner ausdrückte, „nicht den Knüppel wegwerfen, den wir noch haben, wenn man mit Stöcken gegen uns kämpft“.

* **London.** 22. April. (Telegramm.) Wie dem Reuter'schen Bureau aus Ottowa gemeldet wird, legte der Generalgouverneur des Parlaments die Antwort der Reichsregierung auf die Petition des Kanadas vor, in welcher erfordert wurde, daß man nicht leichtfertig und ohne Rücksicht auf die ganze Geschäftslage in einen Aufstand treten solle. Der Landtag ist allerdings eine zweizweckige Waffe; aber „wir dürfen“, wie sich ein Redner ausdrückte, „nicht den Knüppel wegwerfen, den wir noch haben, wenn man mit Stöcken gegen uns kämpft“.

* **Paris.** 21. April. Hier wurde in den Osterfeierstagen die erste Hauptversammlung des im vorigen Jahre gegründeten Verbandes der Textil-Arbeiter und Textilbeiterinnen Deutschlands abgehalten. Lebhafte wurden die Aussstände besprochen. Es wurde mehrfach beantragt, daß man nicht leichtfertig und ohne Rücksicht auf die ganze Geschäftslage in einen Aufstand treten solle. Der Landtag ist allerdings eine zweizweckige Waffe; aber „wir dürfen“, wie sich ein Redner ausdrückte, „nicht den Knüppel wegwerfen, den wir noch haben, wenn man mit Stöcken gegen uns kämpft“.

* **London.** 22. April. (Telegramm.) Wie dem Reuter'schen Bureau aus Ottowa gemeldet wird, legte der Generalgouverneur des Parlaments die Antwort der Reichsregierung auf die Petition des Kanadas vor, in welcher erfordert wurde, daß man nicht leichtfertig und ohne Rücksicht auf die ganze Geschäftslage in einen Aufstand treten solle. Der Landtag ist allerdings eine zweizweckige Waffe; aber „wir dürfen“, wie sich ein Redner ausdrückte, „nicht den Knüppel wegwerfen, den wir noch haben, wenn man mit Stöcken gegen uns kämpft“.

* **Paris.** 21. April. Hier wurde in den Osterfeierstagen die erste Hauptversammlung des im vorigen Jahre gegründeten Verbandes der Textil-Arbeiter und Textilbeiterinnen Deutschlands abgehalten. Lebhafte wurden die Aussstände besprochen. Es wurde mehrfach beantragt, daß man nicht leichtfertig und ohne Rücksicht auf die ganze Geschäftslage in einen Aufstand treten solle. Der Landtag ist allerdings eine zweizweckige Waffe; aber „wir dürfen“, wie sich ein Redner ausdrückte, „nicht den Knüppel wegwerfen, den wir noch haben, wenn man mit Stöcken gegen uns kämpft“.

* **London.** 22. April. (Telegramm.) Wie dem Reuter'schen Bureau aus Ottowa gemeldet wird, legte der Generalgouverneur des Parlaments die Antwort der Reichsregierung auf die Petition des Kanadas vor, in welcher erfordert wurde, daß man nicht leichtfertig und ohne Rücksicht auf die ganze Geschäftslage in einen Aufstand treten solle. Der Landtag ist allerdings eine zweizweckige Waffe; aber „wir dürfen“, wie sich ein Redner ausdrückte, „nicht den Knüppel wegwerfen, den wir noch haben, wenn man mit Stöcken gegen uns kämpft“.

* **Paris.** 21. April. Hier wurde in den Osterfeierstagen die erste Hauptversammlung des im vorigen Jahre gegründeten Verbandes der Textil-Arbeiter und Textilbeiterinnen Deutschlands abgehalten. Lebhafte wurden die Aussstände besprochen. Es wurde mehrfach beantragt, daß man nicht leichtfertig und ohne Rücksicht auf die ganze Geschäftslage in einen Aufstand treten solle. Der Landtag ist allerdings eine zweizweckige Waffe; aber „wir dürfen“, wie sich ein Redner ausdrückte, „nicht den Knüppel wegwerfen, den wir noch haben, wenn man mit Stöcken gegen uns kämpft“.

* **London.** 22. April. (Telegramm.) Wie dem Reuter'schen Bureau aus Ottowa gemeldet wird, legte der Generalgouverneur des Parlaments die Antwort der Reichsregierung auf die Petition des Kanadas vor, in welcher erfordert wurde, daß man nicht leichtfertig und ohne Rücksicht auf die ganze Geschäftslage in einen Aufstand treten solle. Der Landtag ist allerdings eine zweizweckige Waffe; aber „wir dürfen“, wie sich ein Redner ausdrückte, „nicht den Knüppel wegwerfen, den wir noch haben, wenn man mit Stöcken gegen uns kämpft“.

* **Paris.** 21. April. Hier wurde in den Osterfeierstagen die erste Hauptversammlung des im vorigen Jahre gegründeten Verbandes der Textil-Arbeiter und Textilbeiterinnen Deutschlands abgehalten. Lebhafte wurden die Aussstände besprochen. Es wurde mehrfach beantragt, daß man nicht leichtfertig und ohne Rücksicht auf die ganze Geschäftslage in einen Aufstand treten solle. Der Landtag ist allerdings eine zweizweckige Waffe; aber „wir dürfen“, wie sich ein Redner ausdrückte, „nicht den Knüppel wegwerfen, den wir noch haben, wenn man mit Stöcken gegen uns kämpft“.

* **London.** 22. April. (Telegramm.) Wie dem Reuter'schen Bureau aus Ottowa gemeldet wird, legte der Generalgouverneur des Parlaments die Antwort der Reichsregierung auf die Petition des Kanadas vor, in welcher erfordert wurde, daß man nicht leichtfertig und ohne Rücksicht auf die ganze Geschäftslage in einen Aufstand treten solle. Der Landtag ist allerdings eine zweizweckige Waffe; aber „wir dürfen“, wie sich ein Redner ausdrückte, „nicht den Knüppel wegwerfen, den wir noch haben, wenn man mit Stöcken gegen uns kämpft“.

* <b

